

Wir setzen uns für eine Attraktivierung des Lehrberufes ein!

Ausbildung neu denken, Angebote schaffen und Unterrichtsqualität sichern

Schon lange fordert der Lehrerbund Steiermark eine Verkürzung der Pädagog*innenbildung. Die Zeit drängt und noch vor dem Sommer 2023 müssen die rechtlichen Weichen gestellt werden, damit dieser Start mit Studienjahr 2024/25 möglich ist.

Ein dreijähriges Bachelorstudium und ein zweijähriges freiwilliges Masterstudium mit einer entsprechenden Gehaltsaufwertung sind das Ziel.

Es gibt bereits Schulen, an denen es keine geprüften Lehrer*innen für die Fächer Deutsch, Mathematik oder Englisch gibt. Der Lehrerbund fordert daher Erweiterungsstudien für die genannten Fächer, wenn Lehrer*innen bereits eine Lehramtsausbildung haben und diese Ausbildungen anstreben.

Qualität im Unterricht durch personelle Unterstützung und Maßnahmensetzungen

Gerade in der Primarstufe ist der Ruf nach personeller Unterstützung sehr laut. Der Lehrerbund Steiermark schließt sich diesen Forderungen an und verlangt daher viel mehr Unterstützung, entweder in Form von Doppelbesetzungen oder pädagogischer Assistenz (qualifiziertes Supportpersonal).

Gerade im Schuleingangsbereich klaffen die kognitiven und sozialen Entwicklungen vieler Schüler*innen aufgrund ihrer sozialen Herkunft enorm auseinander. Eine Aufstockung der personellen Ressourcen ist daher zwingend erforderlich.

Im Weiteren muss eine Bereitstellung zusätzlicher Stunden erfolgen, um autonom am Schulstandort erforderliche Zuteilungen durchführen zu können.

Der berufliche Schulalltag erreicht phasenweise die persönliche Belastungsgrenze. Personalnot, Krankenstände, Dauer-mehrdienstleistungen, Supplierstunden, sonderpädagogische Konzepte, Zusammenarbeit mit der Sozialarbeit, Jugend- und Elternarbeit aufgrund von auffälligen und immer mehr gewaltbereiten Schüler*innen prägen den täglichen Schulbetrieb mehr denn je und verursachen ein hohes Maß an psychischer und physischer Belastung. Gerade unter diesen Gegebenheiten fordert der Lehrerbund ein klares Bekenntnis zur leistungsorientierten und sicheren Schule.

Dafür werden konsequente Maßnahmen für Leistungsverweigerer und gewaltbereite Schüler*innen benötigt, um optimale Rahmenbedingungen für gelingendes Lernen zu schaffen.

Zudem sieht der Lehrerbund einen großen Mehrwert im Einsatz von multiprofessionellen Teams, um einen höheren Support für Regelschüler im psychologischen Bereich zu gewährleisten.

Administrative Unterstützung umsetzen, Entlastung schaffen und Schulleitung aufwerten

Administratives Unterstützungspersonal wird mehr denn je gebraucht. Aus diesem Grund muss die auf Bundesebene beschlossene administrative Unterstützung für unsere Pflichtschulen flächendeckend umgesetzt werden. Nur dadurch ist eine effektive Entlastung der Schulen von Verwaltungsaufgaben, Erhebungen, Testungen u.v.m. gegeben. Steigende administrative Tätigkeiten sind an allen Schulstandorten aller Schularten überbordend und behindern Schulleiter*innen ausreichend Zeit für pädagogischen Belangen zu haben.

Die Schulen müssen wieder zu Bildungsstätten werden und können und dürfen nicht mit den vorhandenen Möglichkeiten ausgelagerte Verwaltungseinheiten der Behörden sein!

Schulleiter*innen und Clusterleiter*innen haben mit deutlich gestiegenen Tätigkeitsfeldern zu kämpfen, gerade deshalb müssen dringend finanzielle Anreize geschaffen werden. Aber das allein genügt nicht, sondern auch die Kriterien für die Freistellung von Schul- und Clusterleitungen müssen geändert bzw. vereinheitlicht werden.

Der Lehrerbund fordert weiters, dass die Freistellung der Schulleitung in der PTS künftig nach der Anzahl der geführten Fachgruppen erfolgen soll und nicht, wie derzeit, aufgrund der Gesamtzahl an Klassen. Fakt ist, dass jede Fachgruppe einer eigenen Struktur unterliegt, einer eigenen Dynamik und bedarf individueller Entwicklung unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten.

Reisekostenrückerstattung

Wir leben in einer Zeit, in der Bildung ein Grundrecht ist. Ebenso ist Bildung ein Grundbedürfnis, welches in jedem Menschen steckt. Denn es liegt im Wesen des Menschen, geistig zu wachsen. Auch die Bereitschaft von Lehrer*innen zur Fort- und Weiterbildung muss durch klare Bekenntnisse der Bildungsbehörden unterstützt und nicht verhindert werden. Um dies zu erleichtern, müssen Schulleitungen rechtlich legitimiert werden, Aus- und Fortbildungen anordnen zu können, wenn diese für den Schulstandort erforderlich sind. Zusätzlich müssen alle Pädagog*innen im mobilen Dienst realkostendeckende Abgeltungen erhalten. ■



Christian Hintermann, Agnes Totter, Helene Silberschneider, Bernhard Braunstein